

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Frauen in Führung



Brasilien: Dilmás Weg zur Macht
Der tiefe Fall der Park Geun-Hye
Tragik asiatischer Politikerinnen
Mexiko: Marichuy for President?

WeltBlick

Rebellion in Iran
Arbeitsmigration in Russland

Forum:

Afghanistan: Neue US-Strategie?

Kommentar

Mitteuropa in der EU

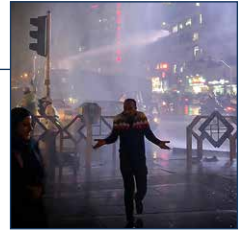
ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-82-8



4

WeltBlick

- 4 Das Ende der Stabilität in Iran
Ali Fathollah-Nejad
- 9 Russland und die Migration aus Zentralasien
Dina Malyschewa



14

Erneuerung der SPD – aber wie?

Ein Gastkommentar von Hartmut Elsenhans

18

Abgelichtet: Ni una menos!

Juan Mathias

26

Thema: Frauen in Führung

- 28 Macht und Tragik asiatischer Politikerinnen
Claudia Derichs
- 35 Südkorea: Aufstieg und Fall der Park Geun-Hye
Sook-Young Ahn
- 40 Dilma Rousseffs steiniger Lebensweg in Brasilien
Achim Wahl
- 45 Marichuy – Kandidatin der Zapatistas in Mexiko
Raina Zimmering





Forum: Neue US-Strategie in Afghanistan?

52

Im Camp Shorab gehen die Lichter wieder an
Jürgen Hübschen 52

Indien – neuer Partner der USA?
Shanthie Mariet D'Souza 56

Impressum

63



Bücherschau

64

Rüstung, Erdgas und Diktatoren

Briefe an die Redaktion

68

Mitteuropa in der EU

70

Ein Kommentar von Holger Politt

Wort und Strich

72

Mitteleuropa in der Europäischen Union

Vorreiter der nationalkonservativen Wende

Holger Politt

Es schien so, als wollten die beiden Ministerpräsidenten den europäischen Stier an den Hörnern packen. Gleich zu Beginn des Jahres reiste Polens neuer Regierungschef Mateusz Morawiecki nach Budapest, um mit seinem ungarischen Amtskollegen den Ausblick auf das für beide herausfordernde Jahr zu wagen. Viktor Orbán ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die nationalkonservative Wende auch 2018 in beiden Ländern weiter und kräftig vorangetrieben werde. Die Widerstände in den eigenen Ländern werde man aushalten, die anstehenden Wahlen im Frühjahr in Ungarn auf der Parlaments- und im Herbst in Polen auf der Lokal- bzw. Regionalebene werden ein verlässliches Barometer sein für die bestehenden Kräfteverhältnisse. Doch der Ehrgeiz treibt die beiden Spitzenpolitiker vor allem in eine Richtung – nach Brüssel!

Orbán erklärte nach den Gesprächen, der Westen müsse sich daran gewöhnen, dass europäische Politik mehr sei als lediglich die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Zum einen wird das eigene Gewicht in die Waagschale gelegt, denn stolz können Warschau und Budapest darauf verweisen, dass ihnen bei der Brüssel-Kritik auch Mitgliedsländer folgen, die ansonsten innenpolitisch gar nicht ins nationalkonservative Raster passen. Zugleich wird aber der Anspruch erneuert, Vorreiter zu sein, die eingeschlagene Richtung des Zusammenwachsens der EU-Mitgliedsländer grundsätzlich zu korrigieren.

Zum Kern der Forderungen in den nationalkonservativen Lagern beider Länder zählen die Stärkung der nationalen Souveränität und die Umwandlung der EU in einen „Bund aus Vaterländern“, deren Souveränitätsrechte von Brüssel nicht mehr angetastet werden können. Spitzenpolitiker beider Länder bekennen sich ganz ungeniert zu einer „kulturellen Revolution“, die dem EU-Gefüge verschrieben gehöre. Die Kritik an der überaus starken wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Staatengemeinschaft, aus der sich ja das hohe Verzahnungspotenzial fast zwangsläufig ergibt, speist sich aus Vorstellungen von einer Renaissance des Nationalstaates auf dem Kontinent. Der Nationalstaat sei der wahre Hort und Hüter von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Die

Versuche, in Brüssel ein institutionalisiertes Gefüge zu schaffen, das den EU-Mitgliedsländern die Kompetenz und Verantwortung bei hoheitlichen Aufgaben immer mehr streitig zu machen drohte, gelten bei den Nationalkonservativen als gefährlich, weil sie den Bestand der Union gefährdeten.

Jarosław Kaczyński, Polens führender Nationalkonservativer, hat gleich im Anschluss an die Brexit-Entscheidung die Wirtschaftsliberalen in seinem Land und auch anderswo als diejenigen an den Pranger gestellt, die das EU-Projekt am meisten gefährdeten. Wer in Zukunft an der EU festhalten wolle, müsse den Weg einschlagen, wie ihn die Nationalkonservativen weisen. Kaczyński sieht sich hier ein wenig als Rufer in der Wüste; er weiß um die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der EU, doch glaubt er fest an das gute Beispiel, das Ungarn und Polen den anderen geben.

Auch deshalb will er in Polen erreichen, was Orbán in Ungarn längst vorgemacht hat – die Verfassungsmehrheit von zwei Dritteln der Parlamentssitze. Damit wäre, so hofft Polens starker Mann, der Kritik von außen ein sicherer Riegel vorgeschoben. Noch bleiben ihm bis zum Herbst 2019 über anderthalb Jahre Zeit. Doch eröffnen die verhärteten innenpolitischen Fronten in Polen im Augenblick wenig Spielräume, um neue Wählerpotenziale in entsprechender Größenordnung fester an den nationalkonservativen Kern zu binden. Kaczyńskis Partei versucht es allerdings gleichermaßen auf dem ganz rechten Flügel, wo die strikte EU-Gegnerschaft sich auf das Konzept von Souveränität und nationaler Identität im Rahmen der EU-Mitgliedschaft zubewegen soll, und im großstädtisch-liberalen Feld, dem nunmehr signalisiert wird, dass ein Austritt Polens aus der EU überhaupt nicht zur Debatte stehe. Dieser Part ist Chefsache von Morawiecki, der sich als überzeugter Europäer gibt und sich auf dem glatten Brüsseler Parkett fast sicherer zu bewegen weiß als daheim auf dem steinigen Terrain. 🌐

Dr. Holger Politt

geb. 1958, Historiker und Publizist, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau, Mitglied im *WeltTrends*-Beirat

Holger.Politt@rosalux.org

